



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

infolge von Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung erleben wir weiterhin einen enormen Zuzug an Geflüchteten in unser Land. Der Migrationsdruck wird sich dabei auf absehbare Zeit wohl auch nicht verringern, sofern die Ampel in Berlin nicht endlich aufs Tempo bei der Bekämpfung illegaler Migration drückt! Zum Beispiel durch die Beschleunigung von Asylverfahren bei geringer Anerkennungsquote, der Prüfung von Asylverfahren außerhalb Europas oder dem Abschluss echter Rückführungsabkommen mit den Hauptherkunftsländern. Alles übrigens Maßnahmen auf die sich Bund und Länder schon im November 2023 verständigt haben. Leider ist hier bisher aber so gut wie nichts passiert!

Diese Untätigkeit belastet dabei vor allem unsere Kommunen, die derzeit die Hauptlast bei der Unterbringung und Integration der Geflüchteten tragen. Gleichzeitig erschwert diese Untätigkeit die Möglichkeiten, die zu integrieren, die auch einen Anspruch haben, hier zu bleiben. Die Auswirkungen hiervon lassen sich nicht wegdiskutieren und spiegeln sich auch zum Teil in der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik wider.

Der Anstieg bei den nicht-deutschen Tatverdächtigen gerade in Bereichen der Beschaffungskriminalität, wie Taschendiebstahl oder Raub, muss uns zwangsläufig, neben der Verfolgung und Bestrafung der Täter, zur Frage nach Versäumnissen bei der Integration führen.

Ich bin überzeugt, dass Arbeit, neben der Sprache, der beste und schnellste Weg für Menschen ist, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Leider gibt es aber immer noch viel zu viele bremsende Faktoren, um die Potentiale der Geflüchteten frühzeitig nutzen zu können. Die CDU-geführte Landesregierung nimmt hier ihre Verantwortung wahr. So haben das Arbeitsministerium, das Flüchtlingsministerium und das Wirtschaftsministerium zusammen mit der NRW-Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit erst kürzlich die gemeinsame Initiative „Jede und Jeder wird gebraucht!“ gestartet.

Ziel ist es, so früh wie möglich die Potenziale der Geflüchteten zu erkennen und den Weg in Arbeit zu verkürzen. Beispielsweise soll zeitnah nach dem Abschluss des Integrationskurses möglichst viel praktische Berufserfahrung gesammelt werden, während der weitere Spracherwerb „on the job“, also neben der Arbeit, erfolgen soll.

Zuwanderung kann ein Gewinn für unsere Gesellschaft sein. Wenn wir sie steuern, ordnen und gestalten. In NRW machen wir dabei das, was uns möglich ist. Wir wollen Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft schaffen und individuelle Perspektiven für Menschen eröffnen, die wir als zukünftige Arbeits- und Fachkräfte so dringend in unserem Land brauchen.

Über die weiteren wichtigen Themen dieser Plenarwoche möchte ich Sie gerne kurz & knapp informieren:

- „NRW ist attraktiver als Bayern“ – Erfolgreich die Transformation gestalten
- „Schausteller & Schaustellerinnen sind traditionsreicher Bestandteil unseres kulturellen Lebens“ – schnelle bürokratische & finanzielle Entlastung
- Mit mir unterwegs in Düsseldorf & vor Ort
- Meine Rede zur Aktuellen Stunde „Alarmstufe Rot: Reiche Ausländer kaufen sich deutsche Aufenthaltsgenehmigungen“
- Meine Rede zum FDP-Antrag „Bezahlkarte für Asylleistungen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend einführen!“
- Meine Rede zum AfD-Antrag „Schwarz-grüne Landesregierung als Sicherheitsrisiko“

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, Informationen brauchen oder Anregungen geben möchten, freue ich mich auf eine Mitteilung von Ihnen.

Herzliche Grüße

„NRW ist attraktiver als Bayern“

Erfolgreich die Transformation gestalten

Laut einer neuen Studie der Unternehmensberatung KPMG ist NRW für ausländische Investoren der beliebteste Standort in ganz Deutschland! 21 Prozent der befragten 350 Finanzvorstände deutscher Tochtergesellschaften von internationalen Unternehmen gaben an, künftig vorrangig im bevölkerungsreichsten Bundesland Investitionen tätigen zu wollen. Erstmals liegt NRW damit auf Platz 1 – vor anderen Industrieländern wie Bayern oder Baden-Württemberg.

Die Studienautoren heben dabei insbesondere die attraktive Kombination aus zentraler Lage, großem Markt, starkem Industriestandort, verschiedenen Universitäten und Hochschulen für Forschung und Entwicklung sowie gut ausgebildeten Arbeitskräften hervor. Ein Beleg hierfür ist, dass unter anderem Microsoft erst kürzlich Investitionen im Umfang von 3,2 Mrd. Euro in Deutschland angekündigt hat – mit dem Schwerpunkt in NRW.

Das spricht nicht nur für unseren Wirtschaftsstandort, sondern auch für unsere Transformationspolitik hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen. Diesen Kurs müssen und werden wir weiter einhalten!



Foto: Land NRW



„Schausteller & Schaustellerinnen sind traditionsreicher Bestandteil unseres kulturellen Lebens“

schnelle bürokratische & finanzielle Entlastung

Die Profession unseres Schaustellergewerbes klingt so einfach, ist dabei für uns aber so wichtig: Freude bereiten! Unsere Kirmessen, Volksfeste und andere Traditionsveranstaltungen sind ohne Schausteller undenkbar, gerade auch bei uns im Münsterland. Noch vor wenigen Monaten brachten sie durch die vielen Weihnachtsmärkte vorweihnachtliche Abwechslung und Freude in unsere Städte und Gemeinden. Viele von ihnen bereiten sich schon jetzt auf die anstehende Kirmessaison vor.

Gerade die Corona-Krise hat dabei das Schaustellergewerbe wie kaum eine andere Branche massiv getroffen. Gleichzeitig sind Schausteller aus NRW mit einer Bürokratie konfrontiert, die es in vielen anderen Bundesländern nicht gibt. Gemäß den geltenden Vorschriften sind zum Beispiel Schausteller derzeit bei uns dazu verpflichtet, für jede Veranstaltung in jeder Kommune eine kostenpflichtige Schanklizenzen zu beantragen, was zu erheblichen finanziellen und organisatorischen Belastungen führt. Im Gegensatz dazu besteht für ihre Kolleginnen und Kollegen, die ihren Wohnsitz in den anderen Bundesländern haben diese Regelung so nicht. Hier reicht oft die Eintragung der reisegastronomischen Tätigkeit in der Reisegewerbekarte aus, um den Nachweis der Zuverlässigkeit zu erbringen.

Die derzeitige Situation führt zu einer ungleichen Belastung und benachteiligt unsere Schaustellerinnen und Schausteller, die einen bedeutenden Beitrag zum kulturellen Leben und zur Attraktivität unseres Bundeslandes leisten. Daher haben CDU, GRÜNE, SPD & FDP nun in einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung aufgefordert, kurzfristig durch Erlass zu regeln, dass mit dem Besitz einer Reisegewerbekarte alle gaststättenrechtlichen Erfordernisse erfüllt sind und insbesondere keine „Schankgebühren“ mehr anfallen.

Damit wollen wir einen Beitrag dafür leisten, dass unsere Schausteller und Schaustellerinnen uns allen auch in Zukunft weiter so viel Freude bereiten können!

Mit mir unterwegs in Düsseldorf & vor Ort



Klausurtagung mit
Ministerin Paul



72 Stunden Aktion
in Lüdinghausen



Bürgermeistergespräche



Meine Reden



#AzubiGoEU

Der Wettbewerb richtet sich an Auszubildende zwischen 18 und 27 Jahren aus Nordrhein-Westfalen. Nach der richtigen Beantwortung von fünf Fragen zu Europa können sie eines von 500 Interrailtickets gewinnen und damit bis zu einen Monat durch Europa reisen.

Die Teilnahme ist unter <https://www.mbeim.nrw/azubigoeu> bis zum 26. Mai 2024 möglich.

